

## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 20.11.06

Sitzungsort: Sitzungszimmer II, A 013

Beginn der Sitzung um 18.05 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.10 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

### Mitglieder

- Dahmen
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Breu (2. stv. Vors.)
- Mengel

- Schmitz, H.

- vom Hagen

- Pitz

### Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- Becke (FB 10)
- Christian (FB 14) - bis TOP 2 -

### Schriftführerin

M. Müller

### Gäste

- 
- 
- 
- 
- 

### Stellvertretende Mitglieder

- |     |   |     |
|-----|---|-----|
| CDU | <input type="checkbox"/> Dr. Dahm                   | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Gerharz, F.J.              | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Vogel                      | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Stilz                      | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Boley                      | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Ehrenstein                 | CDU |
|     | <input type="checkbox"/> Falkenstein                | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Fischer                    | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Dr. Frantziach-Immenkeppel | CDU |
| SPD | <input checked="" type="checkbox"/> Gerharz, Th.    | CDU |

- |       |                                     |     |
|-------|-------------------------------------|-----|
| bVb   | <input type="checkbox"/> Hepp       | CDU |
|       | <input type="checkbox"/> Pohl       | CDU |
| Grüne | <input type="checkbox"/> Pütz       | CDU |
|       | <input type="checkbox"/> Rau        | CDU |
| FDP   | <input type="checkbox"/> Schumacher | CDU |
|       | <input type="checkbox"/> Simons     | CDU |
|       | <input type="checkbox"/> Vetterling | CDU |

- |               |                                      |     |
|---------------|--------------------------------------|-----|
|               | <input type="checkbox"/> Dr. Petran  | SPD |
|               | <input type="checkbox"/> Heck        | SPD |
|               | <input type="checkbox"/> Grafe       | SPD |
| Bürgermeister | <input type="checkbox"/> Dr. Conen   | SPD |
| Beigeordneter | <input type="checkbox"/> Jung        | SPD |
| Stadtkämmerer | <input type="checkbox"/> Reinkemeier | SPD |
| GLB           | <input type="checkbox"/> Salvador    | SPD |
| - 01-         | <input type="checkbox"/> Vilkmann    | SPD |
|               | <input type="checkbox"/> Wehrhahn    | SPD |

- |  |                                  |     |
|--|----------------------------------|-----|
|  | <input type="checkbox"/> Baule   | bVb |
|  | <input type="checkbox"/> Arth    | bVb |
|  | <input type="checkbox"/> Bohlken | bVb |
|  | <input type="checkbox"/> Mainzer | bVb |
|  | <input type="checkbox"/> Müller  | bVb |

- |  |  |       |
|--|--|-------|
|  | <input type="checkbox"/> Bortlitz-Dickhoff | Grüne |
|  | <input type="checkbox"/> Niclasen          | Grüne |
|  | <input type="checkbox"/> Schönhütte        | Grüne |
|  | <input type="checkbox"/> Weber             | Grüne |

- |  |                                 |     |
|--|---------------------------------|-----|
|  | <input type="checkbox"/> Brämer | FDP |
|--|---------------------------------|-----|

A) Öffentlicher Teil	4
1. Niederschrift vom 23.10.2006	4
2. Dringlichkeitsentscheidung	4
hier: überplanmäßige Ausgabe zur Prüfung der Eröffnungsbilanz	4
Vorlage-Nr. 27/06 b    Ä	4
3. Modellprojekt zur Einführung eines doppischen Kommunalhaushalts	6
hier: Landesförderung NKF-Netzwerk NRW 2007 und 2008	6
Vorlage-Nr. 44/99 i	6
4. Gesellschafterversammlung Gebausie	7
hier: Vorabausschüttung aus dem Gewinn 2006	7
Vorlage-Nr. 88/95 w	7
5. Mitteilung über weitergeleitete Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW	7
5.1 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17	7
hier: Antrag von Dr. Joachim und Gisela Riemer vom 4.10.06	7
Bezug: Rat 30.10.06	7
Vorlage-Nr. 157/86 l	7
5.2 Verkehrssituation Mönengasse	7
hier: Schreiben Familie Birgit u. Michael ERNST vom 15.9.06	7
Vorlage-Nr. 26/88 a	7
6. Mitteilungen	7
6.1 Sitzungskalender 2007	7
7. Anfragen	7
7.1 Öffnungszeiten Giesler-Galerie	7
7.2 Dynamisches Parkleitsystem	8
7.3 Parkmöglichkeit für sachkundige Bürger	8
7.4 Dezernatsverteilung	8
7.5 BTV-Sportzentrum	8
7.6 Eingang Giesler-Galerie	8
7.7 Kreisverkehr Geildorfer Straße/Alte Bonnstraße	8
7.8 Neue Signalanlagen	9
7.9 Organisations- und Effizienzuntersuchung	9
7.10 Einführung Sportstättengebühr	9
7.11 Interview Bürgermeister und Stadtkämmerer im Brühler Bilderbogen	9
B) Nichtöffentlicher Teil	11
8. Max-Ernst-Museum	11
Bezug: KPTA 9.11.06	11
Vorlage-Nr. 44/00 da	11
9. Niederschlagung zu Unrecht gezahlter Sozialleistungen	11

Vorlage-Nr. 58/06	11
10. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen u. Personalbewegungen Vorlage-Nr. 62/95 bn	11
10. Anfragen	12
10.1 Fachbereichsleitung 63	12

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

## A) Öffentlicher Teil

### Zur Tagesordnung:

**Bürgermeister Kreuzberg** bittet um Ergänzung der Tagesordnung um die Tischvorlage „Gesellschafterversammlung Gebausie; hier: Vorabausschüttung aus dem Gewinn 2006“, Vorlage-Nr. 88/95 w.

Der Hauptausschuss stimmt der Ergänzung der Tagesordnung zu.

- einstimmig -

### 1. Niederschrift vom 23.10.2006

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 23.10.2006 werden keine Einwände erhoben.

### 2. Dringlichkeitsentscheidung

**hier: überplanmäßige Ausgabe zur Prüfung der Eröffnungsbilanz**

**Vorlage-Nr. 27/06 b**

Ä

**Stadtkämmerer Freytag** erklärt, dass der Beschluss in der vorliegenden Form nicht erforderlich sei. Nach nachmaliger Prüfung habe man festgestellt, dass die Ausführungen zwar richtig, die Auswirkungen aber nicht korrekt dargestellt worden seien. Zum einen handele es sich nicht um *Aufwand*, sondern um eine *Auszahlung*, da der Betrag zu Lasten des Eigenkapitals in der Eröffnungsbilanz rückgestellt worden sei. Die Kontenbezeichnung 54270 sei daher falsch; vielmehr sei das Auszahlungskonto 74270 betroffen. Man habe nun festgestellt, dass der Betrag unter dem ebenfalls bestehenden Konto 74271 nochmals zur Verfügung gestellt worden sei. Da somit die finanziellen Mittel vorhanden seien, müsse kein Beschluss mehr gefasst werden. Er bittet dieses Versehen aufgrund der Neuartigkeit der Materie zu entschuldigen.

Dessen ungeachtet sei das, was in den Erläuterungen stehe, sachlich zutreffend.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) kann sich nicht erinnern, einen entsprechenden Betrag bereitgestellt zu haben. Im Übrigen habe er einige Anmerkungen:

Der Rechnungsprüfungsausschuss habe am 23.3. den Beschluss gefasst, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu beauftragen, mit der Begründung „Personalmangel in der örtlichen Rechnungsprüfung“ und „4-Augen-Prinzip“. Bereits damals sei das Fehlen von Inventarlisten kritisiert worden. In der Vergabe- und Liegenschaftsausschusssitzung am 19.6. sei dann die Vergabe an eine angeblich besonders qualifizierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erfolgt. Die Kosten seien damals mit maximal 50.000 € beziffert worden. Nun werde man mit einer Steigerung von fast 50 % nur für die Eröffnungsbilanz konfrontiert. Einschließlich Schlussbilanz werde das Ganze nun doppelt so teuer und das mit der Begründung, dass die Stadt Brühl keine aussagekräftigen und prüfungsfähigen Unterlagen zur Verfügung stellen könne und entsprechende MitarbeiterInnen für die Zuarbeiten fehlten.

Er fragt, welche Unterlagen fehlten, wie man trotz fehlender Unterlagen Fehler feststellen könne, wie glaubwürdig die aufgrund mangelhafter Unterlagen ermittelten Werte seien, wie das alles passieren konnte, warum keine Überstunden in diesem besonderen Falle geleistet worden seien, warum die Führungsspitze nicht selbst Hand angelegt habe, wann die Gesellschaft auf die mangelhaften Unterlagen hingewiesen habe, ob die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft letztendlich nun ihre eigenen Zahlen prüfe, wie sich die geforderte Summe zusammensetze und warum der Hauptausschuss nicht früher informiert worden sei.

**Stadtkämmerer Freytag** erklärt, dass er lediglich die Fragen betreffend Fachbereich 20 und zur Erstellung der Eröffnungsbilanz beantworten könne. Fragen z.B. zur Zusammensetzung des Honorars könne er nicht beantworten, da die Zuständigkeit für die Prüfung beim Rechnungsprüfungsamt liege, das sich wiederum der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bediene.

Die erwähnten Lücken bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz seien zum Teil bekannt gewesen; so seien z.B. Rückstellungen für Urlaub und Überstunden nicht mit angesetzt worden. Obwohl die Berücksichtigung gesetzlich nicht vorgeschrieben sei, die Aufnahme der Werte jedoch durchaus sinnvoll sei, habe man diese aufgrund des Hinweises der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nachträglich noch aufnehmen müssen. Dies sei natürlich mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden gewesen.

Einige Mängel hingen auch damit zusammen, dass Brühl Modellkommune sei. So hätten die Prüfer z.B. festgestellt, dass noch ein Gebäude mit einer Restnutzungsdauer von 87 Jahren enthalten gewesen sei, obwohl man Gebäude nur bis zu 80 Jahren berücksichtigen könne. Nach den vorherigen Vorschriften habe die Grenze jedoch bei 100 Jahren gelegen; hier sei keine Anpassung erfolgt.

Als weiteres Beispiel nennt er die Pensionsrückstellungen, deren Berechnung sehr akribisch mit eigenem Personal vorgenommen worden sei. Aus damaliger Sicht sei dies sinnvoll und kostengünstiger gewesen. Dann habe man jedoch festgestellt, dass die Berechnungen nicht stimmten, da in Vergleichsberechnungen höhere Werte angesetzt worden seien. Auch hier sei ein zusätzlicher Aufwand zur Behebung der Abweichungen erforderlich gewesen.

Auch in einigen anderen Bereichen, z.B. bei den Inventarlisten, seien Nacharbeiten erforderlich gewesen, da fehlerhafter Weise Unterlagen nicht angepasst worden seien.

In der Summe habe dies dazu geführt, dass der Prüfungsgesellschaft ein erhöhter Aufwand entstanden sei. Der erhöhte Aufwand ziehe de facto höhere Kosten nach sich. Allerdings müsse man entlastend erwähnen, dass die Perspektive der Prüfer auch auf die Jahresabschlussprüfung 2005 gerichtet gewesen sei. Dieser Mehraufwand falle dann bei der späteren Schlussprüfung nicht mehr an.

Man müsse jedoch immer wieder berücksichtigen, dass Brühl Vorreiter in diesem Bereich gewesen sei. In Brühl sei die erste Eröffnungsbilanz in ganz Nordrhein-Westfalen geprüft worden; insofern habe es sich für die Prüfer ebenfalls um Neuland gehandelt. Möglicherweise sei der Aufwand auch von diesen unterschätzt worden.

Zwar sei das Ergebnis nicht zufriedenstellend; dennoch müsse man immer wieder bedenken, dass man Neuland betreten habe und es bei anderen vergleichbaren Kommunen ebenfalls einen höheren Zeit- und Kostenaufwand gegeben habe.

Hinzu komme, dass man nicht unbedingt mit einer üppigen Personalausstattung gearbeitet habe. Der Hauptausschuss könne jedoch versichert sein, dass enorm viele Überstunden geleistet worden seien und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit hohem Engagement gearbeitet hätten.

Abschließend bittet er nochmals um Verständnis.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) erinnert an das Personalentwicklungskonzept. Er sei erschrocken, dass durch den Weggang von Mitarbeitern anscheinend Hintergrundwissen fehle. Der Weggang sei sicherlich frühzeitig abzusehen gewesen, so dass ein vernünftiger 'Know how – Transfer' hätte stattfinden müssen.

Darüber hinaus bittet er um Erläuterung, wie es sein könne, dass gesetzlich vorgeschriebene und notwendige Dokumente nicht aktenkundig seien. Er frage sich, auf welcher Basis dann die Eröffnungsbilanz erstellt worden sei und ob die Bewertungen überhaupt realistisch seien.

**Stadtkämmerer Freytag** bestätigt, dass es sehr sinnvoll und auch wünschenswert sei, dass es bei einem Personalweggang eine gewisse Übergangszeit zur Übertragung des 'Know how' gebe. In der Realität sei dies jedoch nicht realisierbar gewesen.

Man könne jedoch davon ausgehen, dass die vorgeschriebenen Berechnungsverfahren korrekt angewendet worden seien. Lediglich die Dokumentierung der Vorgehensweise sei nicht erfolgt.

**Bürgermeister Kreuzberg** ergänzt, dass es eine Verabredung mit dem neuen Arbeitgeber gegeben habe und der Mitarbeiter dankenswerter Weise zeitweise noch hier vor Ort zur Verfügung gestanden habe.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) fragt Bezug nehmend auf die Pensionsrückstellungen, wie solch eklatanten Differenzen bei ein- und demselben Thema zustande kommen könnten.

**Stadtkämmerer Freytag** führt aus, dass dies bedauerlicherweise eine neue Erfahrung gewesen sei. Zum damaligen Zeitpunkt seien diese Differenzen mangels Vergleichsdaten nicht feststellbar gewesen. Es habe sich um einen systematischen Fehler gehandelt, der darin gelegen habe, dass anrechenbare Zeiten vor dem Dienstantritt bei der Stadt Brühl nicht berücksichtigt worden seien. Dies

habe zu einer Unterbewertung der Rückstellungsansprüche geführt mit einem solch erheblichen Ausmaß, dass eine Nachbesserung habe vorgenommen werden müssen. Weder von der RVK noch von anderen Kommunen habe man belastbare Vergleichswerte bekommen. Da man eine Abweichung somit nicht habe feststellen können, habe man auch nicht reagieren können.

**Ratsherr Berg** (SPD) ist der Ansicht, dass sich die zugegebenermaßen unerfreuliche Vorlage Dank der Erläuterungen des Stadtkämmerers nun relativiert habe. Er könne im Fazit feststellen, dass bei der Umsetzung des NKF verhältnismäßig geringe Mängel in Anbetracht dieses erheblichen Umbruchs aufgetreten seien. Die angesprochenen Themen seien durchaus kompliziert gewesen, so dass die aufgetretenen Fehler unschön, jedoch nachvollziehbar und unvermeidbar gewesen seien.

---

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

### **3. Modellprojekt zur Einführung eines doppelhaushalts hier: Landesförderung NKF-Netzwerk NRW 2007 und 2008 Vorlage-Nr. 44/99 i**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) stellt allgemein fest, dass man in der Kämmerei eine vorausschauendere Personalpolitik hätte betreiben müssen. Im konkret vorliegenden Fall frage er sich, wie ein neuer Mitarbeiter, der noch keinerlei Erfahrungen besitze, eine kompetente Beratung leisten könne.

**Bürgermeister Kreuzberg** stellt klar, dass Herr Kuhl z.Z. eine gute und erfolgreiche Beratungsarbeit leiste. Trotz aller Bemühungen, Personalkosten zu reduzieren, könne es aber so nicht weitergehen. Man wolle daher eine Fachkraft einsetzen, die Herrn Kuhl in anderen Aufgaben entlasten soll.

Auf die Frage des **Fraktionsvorsitzenden vom Hagen** (Grüne) nach der Höhe der Fördergelder teilt **Stadtkämmerer Freytag** mit, dass 2 x 100.000 € = insgesamt 200.000 € an Zuschuss nur für die Stadt Brühl gewährt werde.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (bVb) erinnert daran, dass der Rat damals einstimmig beschlossen habe, als Pilotkommune das NKF einzuführen. Man könne nun der Kämmerei keinen Vorwurf machen. Vielmehr handele es sich bei den aufgetretenen Mängeln um „Schnitzelwerk, das beim Hobeln anfallt“. Wenn man nun zu einem fairen Preis die Erfahrungen an andere Kommunen weitergeben könne, könne man froh sein, dass es so gelaufen sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** bedankt sich für das Verständnis des Hauptausschusses, welches er gerne an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergebe. In der Tat sei hier ein Kulturbruch erfolgt, in dessen Zusammenhang bestimmte Dinge passiert seien. Mit der personellen Aufstockung in der Kämmerei unterstütze man sicherlich die bisherigen Bemühungen und die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) verweist auf die Broschüre „Kommunalpolitik und NKF“. Auffallend sei, dass hier bei allen Kommunen –außer in Brühl - auch immer Ratsmitglieder zu Wort gekommen seien. Anscheinend seien diese besser informiert worden. Er frage sich, warum die politischen Gremien nicht auch in Brühl im Vorfeld mehr in das Verfahren mit einbezogen worden seien.

**4. Gesellschafterversammlung Gebausie**  
**hier: Vorabausschüttung aus dem Gewinn 2006**  
**Vorlage-Nr. 88/95 w**

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) fragt, ob trotz der Vorabausschüttung aus dem zu erwartenden Gewinn gewährleistet sei, dass ausreichend Mittel für Renovierungs- und

Sanierungsarbeiten bei der Gebausie verblieben. Es habe sich hier mit seines Wissens um einen Betrag von rd. 2.000.000 € gehandelt.

**Bürgermeister Kreuzberg** erwidert, dass dies entsprechend der Absprache geschehe.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt den Gesellschaftervertreter, Ratsherrn Wolfgang Poschmann, in der Gesellschaftsversammlung der Gesellschaft für Bauen und Wohnen GmbH (Gebausie) einen Beschluss über die Vorabausschüttung des Gewinnanspruchs für das Jahr 2006 in Höhe von 1.323.000 € an die Stadtwerke Brühl GmbH herbeizuführen.

- einstimmig -

**5. Mitteilung über weitergeleitete Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW**

**5.1 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17**  
**hier: Antrag von Dr. Joachim und Gisela Riemer vom 4.10.06**  
**Bezug: Rat 30.10.06**  
**Vorlage-Nr. 157/86 I**

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag an den Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung weitergeleitet wurde.

**5.2 Verkehrssituation Mönengasse**  
**hier: Schreiben Familie Birgit u. Michael ERNST vom 15.9.06**  
**Vorlage-Nr. 26/88 a**

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag an den Verkehrsausschuss weitergeleitet wurde.

**6. Mitteilungen**

**6.1 Sitzungskalender 2007**

**Bürgermeister Kreuzberg** weist darauf hin, dass ein erster Entwurf des Sitzungskalenders für das kommende Jahr z.Z. mit den Ausschussvorsitzenden und der Verwaltung abgesprochen werde. Sobald die Termine endgültig festgelegt seien, werde der Kalender allen Ratsmitgliedern zugestellt.

**7. Anfragen**

**7.1 Öffnungszeiten Giesler-Galerie**

**Stellvertretender Bürgermeister Poschmann** (CDU) fragt, wie die Öffnungszeiten in der neuen Giesler-Galerie festgelegt seien.

### **Beantwortung in der Niederschrift:**

Die Giesler-Galerie wird in den ersten Tagen ihrer Eröffnung von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr geöffnet haben. Ansonsten ist die Kernöffnungszeit auf 10.00 Uhr bis 19.00 Uhr festgelegt. Aufgrund der derzeitigen Diskussion der Ladenöffnungszeiten ist es möglich, dass diese Zeiten in einzelnen Geschäften in der Giesler-Galerie künftig abweichend geregelt wird.

### **7.2 Dynamisches Parkleitsystem**

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (bVb) fragt, warum das bereits im Mai 2005 vorgestellte Parkleitsystem noch nicht installiert und die Auftragsvergabe erst im August d. J. erfolgt sei.

**Beigeordneter Brandt** erklärt, dass die Verzögerung mit dem Verfahren zusammenhänge und die Auftragsvergabe erst nach Eingang des Zuschussbescheides habe erfolgen können.

### **7.3 Parkmöglichkeit für sachkundige Bürger**

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (bVb) berichtet, dass er von sachkundigen Bürgern seiner Fraktion gefragt worden sei, warum diese nicht wie die Ratsmitglieder die Möglichkeit hätten, während den Ausschusssitzungen hinter dem Rathaus zu parken.

**Bürgermeister Kreuzberg** erinnert an die Problematik und gibt zu bedenken, dass man sich bereits mit der Freigabe des Parkplatzes für die Ratsmitglieder schwer getan habe. Er werde die Angelegenheit jedoch noch einmal prüfen und besprechen.

### **7.4 Dezernatsverteilung**

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (bVb) fragt, ob aufgrund des Weggangs des technischen Beigeordneten in Kürze eine neue Dezernatsverteilung vorgenommen werde.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass dann, wenn die Entscheidung getroffen werde, die Stelle des Technischen Dezernenten nicht wieder zu besetzen, selbstverständlich eine neue Dezernatsverteilung vorgenommen werden müsse.

### **7.5 BTV-Sportzentrum**

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) fragt nach dem Sachstand.

**Beigeordneter Brandt** teilt mit, dass zwischenzeitlich weitere Gespräche stattgefunden hätten. Die Angelegenheit sei auf einem außerordentlich guten Wege und stehe unmittelbar vor einem positiven Ende.

### **7.6 Eingang Giesler-Galerie**

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) stellt fest, dass der Eingangsbereich der Giesler-Galerie mit einer Art Wellblech versehen sei, obwohl im ursprünglichen Modell ein Glasdach zu sehen sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass das Projekt nach den vorgestellten Pläne realisiert worden sei. Es sei jedoch nicht auszuschließen, dass das ursprüngliche Modell weiter entwickelt worden sei.

### **7.7 Kreisverkehr Geildorfer Straße/Alte Bonnstraße**

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) fragt nach dem Sachstand und wer die Kosten zahle.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass der Kreisverkehr weiter gebaut werde und die Übernahme der Kosten vertraglich geregelt sei.

## 7.8 Neue Signalanlagen

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) fragt, warum bei der Installation der neuen Signalanlagen an den Bahnübergängen nicht darauf geachtet worden sei, dass diese auch bei einem möglichen zweigleisigen Ausbau der Bahntrasse nutzbar sind.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass die Signalanlagen seines Wissens aufrüstbar seien. Zuständig sei jedoch die HGK.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) bittet um schriftliche Beantwortung.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt Nachfrage und schriftliche Beantwortung zu.

## 7.9 Organisations- und Effizienzuntersuchung

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) führt aus, dass er auf der heutigen Tagesordnung eine Vorlage in dieser Angelegenheit vermisst habe. Er fragt, wie es nun weitergehe.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass entsprechend der Beschlussfassung gehandelt werde und ein Vorschlag möglicherweise zur nächsten Ratssitzung vorgelegt werde.

## 7.10 Einführung Sportstättegebühr

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt, ob ein Treffen noch in diesem Jahr stattfinde. Man müsse bedenken, dass die Vereine frühzeitig kalkulieren müssten und man möglicherweise ein Jahr verliere, wenn die Gespräche erst im nächsten Jahr anberaunt würden.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass ein Runder Tisch zu diesem Thema in zwei Wochen stattfinde. Dort bestehe eine erste Gelegenheit, Vorstellungen auszutauschen. Er gehe allerdings davon aus, dass noch ein weiteres Treffen stattfinde. Den Zeitpunkt der Absprache halte er jedoch für unproblematisch, da die Sportvereine dies in ihren Statuten berücksichtigten könnten.

## 7.11 Interview Bürgermeister und Stadtkämmerer im Brühler Bilderbogen

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) nimmt Bezug auf die Aussage des Kämmerers, dass die städtischen Kosten um 5.000.000 € bis 6.000.000 € reduziert werden müssten. Er fragt, ob es diesbezüglich bereits ein Konzept des Kämmerers gebe.

**Bürgermeister Kreuzberg** führt aus, dass er dem Kämmerer in diesem Punkt zustimmen könne. Es gebe jedoch noch keine konkrete Stellungnahme der Verwaltung über mögliche Einsparungen, die im Übrigen der Rat zu entscheiden habe. Derzeit laufe in der Verwaltung der Haushaltsprozess und er gehe davon aus, dass bis zur Haushaltseinbringung im Februar 2007 ein Einsparvorschlag vorgelegt werden könne.